

## **Jahresbericht 2018**

### Verein und Geschäftsstelle

Das bfzs Team traf sich zu vier Sitzungen. Dabei konnten wir zwei neue Mitglieder begrüßen, welche uns mit ihren Kompetenzen unterstützen wollen.

Im Januar hat Thomas Z'Rotz, langjähriges Mitglied und neu gewählter Geschäftsleiter, seine Arbeit aufgenommen und durch sein Engagement wesentlich zur Entlastung der ehrenamtlich Tätigen beigetragen. Dazu gehört auch die Möglichkeit zur besseren Vernetzung mit regionalen Organisationen, sei es im Behindertenbereich und anderen Zielgruppen, die unsere Arbeit unterstützen. Erfreulicherweise erhielten wir auch 2018 durch teils langjährige, teils neue Unterstützer die notwendigen finanziellen Mittel. Wir danken allen herzlich dafür.

### Regionales Engagement

Im April erschien das seit einigen Jahren und mit Unterbrüchen erarbeitete kantonale Leitbild **«Leben mit Behinderungen»**, an dem wir mit anderen Organisationen intensiv gearbeitet hatten. Es gründet auf der 2014 durch die Schweiz ratifizierte UN-Behindertenrechtskonvention. Es gilt nun, die darin enthaltenen Forderungen in den sechs Hauptbereichen in naher Zukunft im Kanton Luzern umzusetzen. Dabei gilt unser Engagement vor allem dem **Wohn- und Mobilitätsbereich**. Erfreulicherweise will inzwischen der Kanton Luzern die von uns seit Jahren gestellte Forderung «ambulant vor stationär» fördern. Eine Beratungsstelle soll Betroffene bei der freien Wahl ihrer Wohnsituation unterstützen.

Leider gab es betreffend der **Finanzierung des Behindertenfahrdienstes** auch 2018 keine Erfolge, obwohl sich SP-Kantonsräte für eine Aufstockung des Budgets auf 1,2 Mio. einsetzten. Es blieb bei den für 2019 zugesprochenen 800'000.-, sodass die vor über zwei Jahren aufgehobenen Beiträge an Betroffene ohne Hilflosenentschädigung nach wie vor ausbleiben. Wir vom bfzs hatten im August Gelegenheit im Rahmen der kantonalen Abstimmung für einen ÖV-Fonds an einer Medienkonferenz unser Anliegen für einen bezahlbaren und funktionierenden Behindertenfahrdienst mit dem Hinweis einzubringen, dass dieser Fahrdienst keine soziale Leistung, sondern Teil des ÖVs sein muss. Daran werden wir im Sinne der Gleichstellung auch in Zukunft festhalten.

### Nationales Engagement

Im ersten Quartal unterstützten wir die erfolgreiche Bekämpfung der NO-Billag-Initiative. Wir schlossen uns dem Luzerner Komitee **«Nein zum Sendeschluss»** an und machten u.a. mit Leserbriefen auf die Anliegen von Seh- und Hörbehinderten aufmerksam, welche bei einer Privatisierung auf die in den vergangenen Jahren zunehmende Untertitelung der Sendungen und Hörfilmversionen hätten verzichten müssen.

Am 17. März nahmen dank unserer Organisation und Begleitung aus der Region etwa 20 Teilnehmer an der von agile-Behindertenselbsthilfe Schweiz organisierten **Kundgebung «Wir bestimmen mit»** auf dem Bundesplatz in Bern teil. Es ging darum auf die Lücken des vor über 20 Jahren eingeführten Gleichstellungsgesetzes (BehiG) hinzuweisen. Trotz misslichem Wetter waren insgesamt ca. 300 Personen anwesend.

Zur Abstimmung vom 25. November unterstützten wir zusammen mit sämtlichen nationalen und regionalen Behindertenorganisationen das **Referendum gegen die Überwachung der Versicherten**. Das unverhältnismässige «Sondergesetz» weist erhebliche Mängel des Persönlichkeitsschutzes auf und missachtet die Gewaltentrennung, indem die Versicherer nicht nur frei in der Wahl der einzusetzenden Sozialdedektive sind, sondern das Ergebnis der Überwachung ohne Kontrolle der Justiz umsetzen können. Das Anliegen könnte zur Missbrauchsbekämpfung ebensogut im Strafgesetz eingebunden sein zumal die Anzahl der nachgewiesenen Missbräuche im Verhältnis zu den 220'000 IV Rentnern verschwindend klein ist. Es wird sich zeigen, ob in der nun nachfolgenden Verordnung hinsichtlich Ausbildung und Kompetenz der Überwacher die notwendigen Schranken und bei Missachtung auch Sanktionen erfolgen.

## Ausblick

Der seit 2009 ein- bis zweimal erschienene Flyer zu bestimmten Themen wird ab 2019 durch einen **Newsletter** ersetzt, um besser auf Aktualitäten eingehen zu können und eine einfachere Vernetzung zu erreichen als auf dem Postweg.

Auch im kommenden Jahr gilt unser Einsatz dem sozialpolitischen Geschehen Menschen mit Behinderungen betreffend. Wir werden uns weiterhin auf regionaler und nationaler Ebene mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln für mehr Gerechtigkeit und Gleichstellung in der Region einsetzen. Mit Besorgnis stellen wir fest, dass sich gegenüber Menschen mit Behinderungen sozialpolitisch eine härtere Gangart abzeichnet. Sparübungen werden im Bereich der Ergänzungsleistungen und der Sozialhilfe auf dem Buckel der Schwachen unserer Gesellschaft ausgetragen, was einem reichen Land wie der Schweiz unwürdig ist. Die Schere zwischen Arm und Reich wirkt sich gerade bei dieser Bevölkerungsgruppe besonders negativ aus und steht in krassem Widerspruch zum Gleichstellungsgedanken und zur Inklusion.

Unsere langjährigen Erfahrungen zeigen, dass unabhängiges politisches Engagement und Vernetzungsarbeit über die einzelnen Behindertenorganisationen hinaus in unserer Region notwendig und nachhaltig sein können.

Stephan Hüsler, Präsident

Februar 2019